

1 Jahr Hanau- Wie Rassismus effektiv bekämpfen?

Von Leila Cheng

Dieses Jahr am 19./20. Februar jährt sich der rassistische Anschlag in Hanau, der zehn Menschen das Leben kostete. Ihre Namen sind inzwischen Deutschland weit bekannt: Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçoğlu, Gabriele Rathjen. Was aber auch inzwischen jedem bekannt sein sollte ist, dass es sich bei Hanau um keinen Einzelfall handelte. Die Anschläge in Rostock-Lichtenhagen August 1992 gegen Asylbewerber_Innen und vietnamesische Vertragsarbeiter_Innen, der NSU und seine Attentate an migrantischen Ladenbesitzer_Innen, der Anschlag auf eine Synagoge letztes Jahr in Halle und die zahlreichen Brandanschläge auf Asylheime, wo es allein 2015 mehr als 1000 Stück in Deutschland gab. Dies sind nur einige Beispiele einer Mordserie gegen Migrant_Innen, gesellschaftlich Unterdrückte, aber auch Linke seit dem 2. Weltkrieg in der BRD. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch Polizei, Gerichte und der Verfassungsschutz. Zum Beispiel bei der Verbrennung Oury Jallohs 2005 durch die Polizei selbst, beim NSU 2.0, dessen Drohnachrichten von Polizeicomputern kamen, bei der Ermordung Jorge Gomondais, als gerichtliche und polizeiliche Daten einfach verschwanden oder auch bei den NSU Morden, bei denen V-Männer teilweise anwesend waren oder Informationen nicht rausgegeben wurden. Aber auch die Ermordung von Migrant_Innen an den Außengrenzen Europas, dass sie in Lagern wie das auf Moria gesperrt und menschenunwürdig behandelt werden, ist ein Teil dieser Mordserie.

Doch was müssen wir tun, damit dies endet?

Zuerst einmal ist es wichtig den Zusammenhang nicht nur zwischen dem bürgerlichen Staat und Rassismus, sondern auch der kapitalistischen Wirtschaftsweise und

dem Rassismus zu verstehen.

Rassismus hat seine

Wurzeln im kapitalistischen Nationalstaat: Mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Ersetzung der feudalen durch die industrielle Gesellschaft, mit der Ersetzung der Adelsherrschaft durch die Bürgerliche entstanden neue Formen der Unterdrückung. Der bürgerlich kapitalistische Staat steht stets in Konkurrenz mit anderen Nationalstaaten um den größten Profit. Er vertritt dabei das Gesamtinteresse der Kapitalist_Innen auf nationaler Ebene. Mit der Kolonialisierung entstanden große imperialistische Mächte, wie Deutschland, die USA oder Frankreich und ausgebeutete Kolonialstaaten. Heute sind die meisten dieser Staaten zwar formal selbstständig, aber politisch und wirtschaftlich immer noch abhängig, weshalb wir sie Halbcolonien nennen. Die Kapitalist_innen in den imperialistischen Staaten sammeln in ihrer Konkurrenz immer mehr Kapital an, sodass die Anlagemöglichkeiten im eigenen Land nicht mehr ausreichen. Deswegen müssen sie Ihr Kapital auslagern. Viele investieren in Halbcolonien, kaufen Fabriken, Land und Infrastruktur dort auf, wo sie hohe Profite einfahren, Mensch und Natur unter unwürdigen Bedingungen ausbeuten können. Dieses Vorgehen muss mit diplomatischer, wirtschaftlicher oder mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden, wobei der bewaffnete Krieg der krasseste Auswuchs ist. Rassismus legitimiert sowohl Unterdrückung als auch ihre Durchsetzung, indem er Menschen in rassistische Kategorien einteilt, bei denen alle nicht-weiße unzulänglich und damit zurecht benachteiligt oder beherrscht sind. Aber er legitimiert damit auch die Ausbeutung von z.B. Leiharbeiter_Innen im eigenen Land. Da er in die gesamte Gesellschaft vordringt, also auch die Arbeiter_Innenklasse, sorgt er für ihre Spaltung in Nationalitäten, den Ausschluss von Migrant_Innen aus Gewerkschaften und sozialchauvinistische Ideologien und verhindert somit einen gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten. Das kommt der herrschenden Klasse sehr gelegen.

Im imperialistische
Weltsystem rechtfertigt der Rassismus die Überausbeutung großer
Teile der Welt, die
Entsolidarisierung weiter Teile der Arbeiter_Innenklasse in
imperialistischen Nationen, sowie Kriege um Ressourcen
und Vorherrschaft.

Um Rassismus zu bekämpfen, müssen wir
daher auch den Kapitalismus bekämpfen. Dafür haben wir drei
wichtige antirassistische Forderungen aufgestellt, die erklären, wie
man vorgehen sollte.

1. Offene

Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für Alle!

An den Grenzen Europas werden derzeit
tausende Menschen ermordet. Sie ertrinken im Mittelmeer, sterben in
Lagern oder werden von rassistischen Milizen oder der Grenzpolizei
selbst angegriffen. Wir müssen diesen Morden ein Ende setzen, genau
wie dem EU-Imperialismus. Deswegen fordern wir die Zerschlagung von
Frontex oder ähnlichen Grenzpolizeieinheiten, genau wie die
Auflösung aller Lager an den europäischen Außengrenzen und die
uneingeschränkte Aufnahme der Geflüchteten in Europa. Um dies zu
ermöglichen brauchen wir eine
europaweite Vernetzung der antirassistischen und
Arbeiter_Innenbewegung. Aber warum gerade die Arbeiter_Innen? Bei
ihnen kommen einige wichtige Aspekte zusammen: Erstens sind sie keine
Nutznießer des Rassismus, ganz im Gegenteil, wie schon gesagt,
werden sie dadurch eher gespalten und gegeneinander ausgespielt,
während sie genau denen gegenüberstehen, die vom Imperialismus und
Rassismus profitieren, nämlich den Kapitalist_Innen. Zweitens haben
sie sehr mächtige Kampfmethoden, um Forderungen umzusetzen, nämlich
Streiks und Besetzungen von Betrieben, welche großen
wirtschaftlichen Schaden anrichten können. Drittens und am
wichtigsten schlummert in den Arbeiter_Innen die Grundlage für eine
solidarische Gesellschaft, da sie im Stande sind, eine Produktion

fernab von Profitzwang und Ausbeutung aufzubauen, sobald die Mittel dazu aus den Händen der Kapitalist_Innen gerissen wurden. Die Arbeiter_Innenbewegung muss sich dessen bewusst werden und sich aus internationaler Solidarität für offenen Grenzen einsetzen!

Aber

auch die Menschen, die hier herkommen, werden noch ungleich behandelt. Der staatliche Rassismus in Deutschland spiegelt sich nicht nur darin wider, dass es rassistische Polizeikontrollen gibt, oder Menschen bei der kleinsten Straftat, wie einem Ladendiebstahl, abgeschoben werden können. Es gelten unter anderem auch Arbeitsverbote für Migrant_Innen, die noch keine Staatsbürger_Innenschaft haben. Nun ist Lohnarbeit natürlich Ausbeutung und es gilt diese zu überwinden, aber innerhalb des Kapitalismus sind alle Arbeiter_Innen abhängig von ihr. Viele Migrant_Innen bleiben direkt abhängig vom Staat und dürfen nicht arbeiten. Das verbreitet und reproduziert wieder rassistische Klischees in der Arbeiter_Innenklasse und im Kleinbürger_Innentum von den angeblich so „faulen“ Migrant_Innen. Außerdem drängt es viele Migrant_Innen in die unterbezahlte Schwarzarbeit oder in bestimmte Formen der Gang- und Drogenkriminalität. Deswegen ist es mehr als nötig die Abschaffung jeder rechtlichen Benachteiligung von Migrant_Innen und insbesondere der Arbeitsverbote zu fordern. Zudem ist auch die Isolation in Sammelunterkünften ein großes Problem, weil Geflüchtete dadurch kein selbstbestimmtes Leben führen können und nur schwierig am öffentlichen Leben teilnehmen können. Hier mit der dezentralen Unterbringung durch Enteignung des leerstehenden Wohnraumes, Spekulationsobjekte und Hotels!

Menschen sind oft aus bestimmten Gründen auf der Flucht. Viele fliehen vor Armut, Umweltkatastrophen oder Kriegen. Deutschland spielt dabei mit der Beteiligung in der NATO und mit massiven Waffenexporten, aber auch als führender Imperialist in der EU bei der Ausbeutung von afrikanischen Wirtschaften, eine zentrale Rolle. Deswegen müssen wir hier anfangen, um Fluchtursachen ein Ende zu setzen! Eine weitere zentrale Forderung ist die

Vergesellschaftung von Rüstungskonzernen und allen weiteren Konzernen/Unternehmen, die von Krieg, Flucht und dem rassistischen Lagersystem profitieren. Sie müssen unter Kontrolle der Belegschaften zu einer Produktion umgebaut werden, die unsere Bedürfnisse befriedigen, statt nur für Krieg und Leid zu sorgen! Zudem müssen die NATO und andere imperialistische Militärbündnisse zerschlagen werden, denn sie stehen für ständiges Aufrüsten zwischen imperialistischen Machtblöcken, Kriege um Ressourcen, Einfluss und weltweite Durchsetzung von Unterdrückung.

2. Schluss mit Angriffen und Terrorismus Migrant_Innen und Linke!

Hanau, Halle, Rostock-Lichtenhagen.

Jorge Gomondai, Silvio Meier, Amadeu Antonio Kiowa. Rassistische Angriffe und Terrorismus gegen Linke und Migrant_Innen sind in der BRD Alltag. Im Kampf dagegen können wir uns auf Staat und Justiz nicht verlassen. Stattdessen müssen wir uns dagegen organisieren.

Wir brauchen

Arbeiter_Innenmilizen

zur Selbstverteidigung. Diese müssen kollektiv, massenhaft organisiert und vor allem wählbar und abwählbar sein. Sie sind notwendig, wenn wir uns effektiv gegen neonazistische Angriffe wehren wollen.

Weiterhin muss der Verfassungsschutz zerschlagen werden, denn er hat unfassbar viele Agenten in den Reihen von Neonazi-Gruppen. Das Problem ist, dass dies auch Doppelagenten der Nazis sein könnten und es oft schon waren. Außerdem schützt der Verfassungsschutz seine Agenten/Ansprechpartner so sehr, dass selbst der Tod anderer Menschen in Kauf genommen wird. Bei den NSU-Morden hatte der Verfassungsschutz viele Infos, die über Jahre einfach nicht herausgegeben wurden. Bei einem der letzten Morde war ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter anwesend und wollte angeblich nichts gesehen haben. Dieser wurde wegen Zeugenschutz nie verurteilt.

Lasst uns den antirassistischen mit dem antikapitalistischen Kampf verbinden, denn die massenhafte Unsicherheit und Angst gerade in

kapitalistischen Krisen sind Anknüpfungspunkte für die rücksichtslosen Ideen faschistischer Ideologien. Da es im Kapitalismus immer wieder zu Krisen kommt, müssen wir den Kapitalismus selbst überwinden und dafür sorgen, dass kein Mensch mehr in Angst oder Unsicherheit leben muss! Da die Arbeiter_Innenklasse die Kraft ist, die diese neue Gesellschaft aufbauen kann, müssen ihr Organe auch alle rassistisch Unterdrückte sowie deren Organisationen ansprechen, indem ihnen alle nötigen Rechte darin zugestanden werden und der gemeinsame Kampf zwischen weiße und nicht-weiße Arbeiter_Innen den Rassismus dahingehend überwindet, dass der eigentliche Gegner Kapitalismus heißt! Wir wollen den Aufbau einer internationalen Antikrisenbewegung angehen, die sich gegen Militarismus, Rassismus, imperialistische Kriege und die Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter_Innenklasse und Halbkolonien einsetzt. Wir müssen dafür vor allem auf die Führung von Linkspartei und SPD Druck ausüben, und deren Basis selbst ein solides revolutionäres Programm vorschlagen, für dass wir in den Gewerkschaften und auf der Straße eintreten.

3. Abschaffung von rassistischer Polizei und Gerichten!

Polizei, Gerichte, aber auch die staatliche Gesetzgebung sind die nationale Vertretung des Kapitals. Sie sind es auch, die strukturell rassistisch sind. Das liegt nicht daran, dass dort nur rechte Menschen arbeiten würden. Vielmehr ist es so, dass sie das nationale Interesse des Kapitals zuerst vertreten müssen. So werden Waffenexporte abgesichert, Migrant_Innen als „Kostenfaktor“ abgeschoben, die Ausbeutung von billigen Leiharbeiter_Innen legitimiert und so weiter. Dies alles führt, neben der allgemeinen Sozialisierung in der bürgerlichen Gesellschaft, zu einem chauvinistischen und rassistischen Weltbild.

Deswegen fordern wir die Abschaffung/Zerschlagung von der Polizei und ihre Ersetzung durch kollektive, demokratische, organisierte Selbstverteidigung (Arbeiter_Innenmilizen). Auch Gerichte schützen allzu oft rassistische Gesetze und bürgerliche Eigentumsverhältnisse und sind

nicht demokratisch legitimiert, obwohl sie viel Macht haben. Deswegen wollen wir sie durch gewählte (und abwählbare) sowie rechenschaftspflichtige Tribunalen ersetzen, die im Sinne unserer internationalen Klasse entscheiden. Dahingehend soll ein Sofortprogramm der Arbeiter_Innenklasse unter Kontrolle von Gewerkschaften, Komitees und Räten erarbeitet werden.

Da bürgerliche Staaten im Kapitalismus sich immer durch strukturellen Rassismus auszeichnen, müssen wir sie durch einen revolutionären Umsturz abschaffen und durch eine international vernetzte Rätedemokratie ersetzen. Dafür müssen alle internationalen Kernindustrien enteignet und unter Arbeiter_Innenkontrolle vergesellschaftet werden. Denn die politische und militärische Macht ist immer ein Resultat der ökonomischen Bedingungen. Eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus würde eine demokratische Planung der Wirtschaft nach Bedürfnissen statt Profit umsetzen. Dies wird die Überausbeutung der halbkolonialen Länder abschaffen, weil sich das Kapital nicht mehr in den Händen weniger Großkonzerne in imperialistischen Staaten konzentrieren würden und weil die Wirtschaft nicht mehr auf Profit ausgelegt wäre. Dem Rassismus wäre seine Grundlage entzogen, denn seine unmittelbaren Ursachen wären abgeschafft!

6 Monate nach Hanau: Was brauchen wir, damit Nazis nicht mehr morden?

**Das ging
am Aktionstag**

Am

22.08.2020 sollte in der Stadt Hanau eine bundesweit organisierte Demonstration

in Gedenken der Neun Menschen geben, die am 19. Februar 2020 von einem Faschisten

kaltblütig ermordet wurden. Faschistische und rassistische Gewalt mit tödlichem

Ausgang nehmen in Deutschland, Europa und der ganzen Welt immer weiter zu. Die

Terrorakte von Halle und Hanau bildeten dabei in Deutschland

nur die blutige Spitze des Eisberges, denn Rassismus und damit auch Angriffe

auf Nichtweiße gehören generell zum kapitalistischen System. Diese Entwicklung

und die mediale Gleichgültigkeit bis hin zur öffentlichen Hetze gegen

Migrant_Innen zeigen uns, wie sehr Rassismus und die Aktivitäten der Faschist_Innen

bereits zur Normalität in unserer Gesellschaft geworden sind. Dabei ist das Problem aktueller denn je. Während in Polizeidienststellen Hitlerjugendwappen

gefunden werden und rassistische Cops beinahe täglich Migrant_Innen schikanieren

und diese verprügeln, in Berlin Neukölln regelmäßig Autos und Geschäfte von

Migrant_Innen und Linken brennen und die gesamte faschistische Bewegung sich

immer weiter radikaliert, üben sich die Machthaber_Innen im Nichtstun. Sie bezeichnen

diese Fälle als Taten von verwirrten Einzeltäter_Innen und ignorieren

faschistische Netzwerke beim Verfassungsschutz, bei tausenden Bullen und Soldat_Innen der Bundeswehr, durch sich die Faschist_Innen weiter ausbilden und

bewaffnen können. Damit unterstützen sie diese Entwicklung.

Doch wir

nehmen diese Augenwischerei nicht länger hin!

Wir und dutzende andere Organisationen und Gruppen, sowie Teile der Arbeiter_Innenklasse und migrantische Community, haben eine klare Message: Wir lassen nicht weiter zu, wie ihr unsere Freund_Innen, Verwandten, Kolleg_Innen und Familien weiter misshandelt, erniedrigt, verhöhnt, bespuckt und ermordet werden!

Dafür haben wir uns allesamt vorgenommen, am 22. August nach Hanau zu mobilisieren, um zu zeigen, dass wir niemanden vergessen und wir erst recht niemandem vergeben werden. Mit den Angehörigen der Ermordeten wollen wir uns solidarisch zeigen, an ihrer Seite stehen und gemeinsam eine Perspektive aufzeigen. Eine Perspektive in eine Welt, in der niemand mehr Angst vor faschistischen Mörderbanden haben muss und es keine materielle Grundlage mehr für Rassismus gibt.

Aufgrund der derzeitigen Pandemie können Demonstrationen nur mit gut ausgearbeiteten Hygienekonzepten durchgeführt werden, anders lassen die Ordnungsämter die Demonstrationen gar nicht zu.

Die Organisator_Innen haben sich wochenlang mit der Stadt Hanau und dessen Bürgermeister verständigt, um das Demonstrationsgeschehen so sicher wie möglich für alle Teilnehmer_Innen zu gestalten. Bundesweit wurde mit Bussen

mobilisiert und ein breites Bündnis wollte zwischen 4000 und 10000 Menschen nach Hanau bringen, um unser gemeinsames Anliegen kraftvoll, laut und kämpferisch auf die Straße tragen zu können.

Doch keine 24 Stunden vor der Demonstration kam dann die Absage. Die Zahl der Coronainfektionen stieg in Südhessen sehr schnell an, sodass sich die Stadt dazu entschlossen hat, die Demonstration zu verbieten und zwar so kurzfristig, dass es fast unmöglich war, damit angemessen umzugehen. Das war ein Schlag ins Gesicht. Ein Schlag ins Gesicht aller, die sich gegen jeden Widerstand des rassistischen Staatsapparates und unter Einsatz ihres Lebens im Kampf gegen faschistische Gruppen immer und immer wieder dem mörderischen Rechtsruck entgegenstellen, der unsere Welt erfasst hat.

Während in Berlin 20.000 Coronaleugner_Innen ohne jede Sicherheitsmaßnahme und Masken unbehelligt laufen dürfen und die Nazis sich überall die Straßen erobern, greifen bei vielen linken Demonstration die Corona-Schutzmaßnahmen und unsere Veranstaltungen werden verboten oder wegen angeblichen Verstößen mit Polizeigewalt zerschlagen. Wir müssen dieses Demoverbot von Seiten der Politik als Angriff verstehen, als ein Manöver im Kampf gegen die Organisierung der Unterdrückten und Ausgebeuteten und es als solches verurteilen und die richtigen Schlüsse daraus ziehen!

Die Reaktion der Organisator_Innen darauf war enttäuschend. Sie fügten sich dem

Beschluss

und riefen dazu auf, nicht nach Hanau zu kommen, da man ja nicht zu Coronarebellen werden wollte. Stattdessen sollte es nur eine zentrale Kundgebung geben, welche per Livestream bundesweit übertragen wird. Dies ist

zwar auch geschehen, ersetzt aber nicht den kollektiven Charakter einer zentralen Großdemonstration, die so vielen verzweifelten Menschen die richtige

Message gegeben hätte. „Wir sind viele und geben nicht auf!“ So eine Masse hätte andere motiviert, es den Demonstrierenden gleich zu tun, auf die

Straße zu gehen und sich bestenfalls Revolutionär zu organisieren. Denn nur als

Massenbewegung können wir den Rechtsruck aufhalten, die faschistische Gefahr

beseitigen und den rassistischen Staatsapparat zerschlagen.

Auf die

Absage der Demonstration reagierten jedoch viele linke und migrantische Gruppen. Sie organisierten daraufhin Demonstrationen und Kundgebungen, an denen

Tausende teilnahmen, um ihre Solidarität auf die Straßen zu tragen und möglichst viele Menschen zu erreichen. Allein in Frankfurt fanden 11 verschiedene Kundgebungen und eine Demonstration statt. Ungefähr 4000 Menschen

waren daran beteiligt.

So schön das

auch erstmal klingt, spiegelt es doch den Zustand der Bewegung wider, wenn es

für einen solchen Tag nicht möglich ist, sich auf eine gemeinsame, zentrale Aktion zu einigen. Anstatt ein Dutzend voneinander abgespaltene, dezentrale Aktionen durchzuführen, welche Uneinigkeit und eine geringe Zahl an Menschen

repräsentieren, hätte man sich dazu entschließen sollen, sich die Straßen

konsequent zu erobern. Auch wir wollen keine Corona-Rebellen sein und es ist

uns schon gar kein Anliegen, die Gefährlichkeit dieser Krankheit herunterzuspielen. Doch es gibt Anlässe, bei denen wir uns über staatliche Beschlüsse hinwegsetzen müssen, bei dem Kampf für Geflüchtete, bei Terroranschlägen, Massenentlassungen oder Gesetze, die unsere Rechte angreifen.

Der Protest am Samstag wäre ein solcher Anlass gewesen.

Wenn die

Faschist_Innen ohne jede Abstandsregel zu Tausenden marschieren dürfen, dann

müssen wir uns dieses Recht erkämpfen und dabei staatlichen Widerstand überwinden und dürfen uns nicht von Verboten oder schwerbewaffneten Bullen

aufhalten lassen, ansonsten haben wir keine Chance uns weiter aufzubauen und

den Kampf schon so gut wie verloren!

Wir haben

uns entschieden die Gedenkveranstaltung in Hanau als solche nicht zu stören und

die Entscheidung des Bündnisses kritisch anzunehmen. Entschlossen, organisiert

und kämpferisch sind wir aus mehreren Städten nach Frankfurt gefahren und haben

uns stattdessen an der Aktion um 15 Uhr vor der Hauptwache beteiligt. Dort konnten wir die Gedenkveranstaltung live miterleben und die Aktivist_Innen von

Migrantifa und Young Struggle unterstützen. Anschließend fand auch eine Spontandemo statt, die durch Frankfurt an verschiedenen Kungebungsorten vorbeilief. Auch die Didfjugend und weitere Antifagruppen stießen hinzu. Ein Lautsprecherwagen wurde organisiert, von dem aus Reden gehalten wurden. Die

Aktivist_Innen von Migrantifa haben dort super motivierend moderiert, die

Blöcke haben viel Stimmung gemacht und so konnte die Demo ihre Anliegen lautstark auf die Straßen tragen.

Das ist auch gut so, denn eine solche Veranstaltung sollte natürlich nicht nur den Charakter einer Trauerveranstaltung haben. Denn wenn wir diese Anlässe nicht nutzen, um aufzuzeigen, wie wir so etwas in Zukunft verhindern können, wird es solche Gedenkveranstaltungen noch öfters geben müssen. Das haben wir getan.

Wir sind auch mit Aktivist_Innen ins Gespräch gekommen und haben uns ausgetauscht über Wege, wie der Kampf weitergehen kann. Zusätzlich verteilten wir Flyer über Rassismus in der Bildung, dem Ursprung in der Klassengesellschaft und dass wir diese überwinden müssen, wenn wir Rassismus für immer beenden wollen.

Wir hoffen, dass wir uns weiter vernetzen und über solche Fragen diskutieren können, damit sich trotz Differenzen in der Programmatik eine große Bewegung aufbaut, die sich gegen Rassismus, Faschismus und dieses unterdrückerische System auflehnt und in der wir Schulter an Schulter kämpfen können.

Wie kann das sein?

Permanent gibt es den Klassenkampf gegen uns, so ist jeder von Faschist_Innen ermordete Mensch, egal ob politisch aktiv oder nicht, ein Betroffener dessen und jede_r

von ihnen hat zwei Täter. Der Mörder, der die Waffe zückt und den kapitalistischen, rassistischen Staat, der ihn bewaffnet hat. Um ihrer wirklich in Würde und Ehre zu gedenken, müssen wir jetzt aufstehen und den Kampf aufnehmen! Um diesen zu gewinnen, müssen sich alle antirassistischen, antifaschistischen Kräfte in diesem Land, die es wirklich ernst meinen, vereinen und Widerstand organisieren!

Nur darüber

reden „mal wieder etwas tun zu müssen“ reicht nicht. Wir brauchen eine klare Perspektive im Kampf gegen den Terror, den unser Staat und seine

Organe über uns gebracht haben und diese Perspektive wollen wir aufzeigen:

Die

Herrschaftsverhältnisse in diesem System sind die Ursache der Unterdrückung der Arbeiter_Innenmassen. Die Menschen, die das Eigentum an Produktionsmitteln

besitzen, nutzen jede Möglichkeit so viel Mehrwert wie möglich zu erwirtschaften und ihr Kapital zu vermehren. Da passt es ihnen ganz gut, wenn

die Menschen, die für sie arbeiten, um sich Wohnung und Essen leisten zu können, sich durch chauvinistische Strukturen wie Rassismus und Sexismus gegenseitig

bekämpfen, anstatt eben die Ursache ihrer beschissen Situation - das Privateigentum

- anzugreifen. Zusätzlich können sie diese Spaltungs- und Unterdrückungsstrukturen nutzen, um PoCs, Migrant_Innen und Frauen weniger Lohn

zu zahlen und noch mehr Profit zu gewinnen.

Der Staat

ist dabei eine Struktur, die den ideellen Gesamtkapitalisten darstellt. Er vermittelt zwischen der ArbeiterInnenklasse und der KapitalistInnenklasse, vertritt jedoch stets die Interessen des Großkapitals, das sehen wir auch, wenn

durch Steuergelder Konzerne wie Lufthansa, VW und RWE gerettet werden oder eben an rassistischen Asylgesetzen und die Verstrickung der rechtsextremen Szene bis tief in die Repressionsorgane hinein. Wir sind damit aber nicht allein! Auf der ganzen Welt vertreten die Staaten ihre kapitalistische Klasse und stehen dabei im Konkurrenzkampf. Als unterdrückte Klasse haben wir keinen Staat, der uns wirklich vertritt und haben mehr mit den Arbeiter_Innen in Bangladesh gemein als mit dem Chef der Firma, für die wir arbeiten. Deshalb müssen wir uns als internationale, unterdrückte Klasse zusammenschließen und dieses System bekämpfen. Die Arbeiter_Innen müssen auf nationaler Ebene gegen ihren eigenen Staat mobilisieren und auf internationaler Ebene gemeinsam vereinen mit dem Ziel, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Massen das Sagen haben.

Wie können wir das erreichen?

Wir müssen uns organisieren in der Schule, der Universität und natürlich den Betrieben und Fabriken, um die Herrschenden herauszufordern. Denn die Arbeiter_Innenklasse vereint, ist dazu in der Lage, diesen Staat nicht nur herauszufordern, sondern ihn auch zu stürzen und dafür setzen wir uns ein.

Um uns dafür einzusetzen, ist uns Jugendlichen klar, dass wir uns schon so früh wie möglich organisieren müssen, um uns zu schulen und für den Kampf im Betrieb vorzubereiten, damit wir dann als Erwachsene das Erlernte im Betrieb und

auf

der Straße einsetzen können. Aber nicht nur als Erwachsene müssen wir kämpfen,

als Jugendliche erfahren wir auch eine strukturelle Unterdrückung im System, dagegen

müssen wir uns unabhängig organisieren und den Schulterschluss mit den Arbeiter_Innen im Klassenkampf suchen.

Letztendlich

kann dieses Regime nämlich nur durch eine Revolution gestürzt werden, damit wir

uns zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft weiterentwickeln können, in der es dann wirklich keinen Rassismus oder andere Formen des Chauvinismus mehr geben wird.

Und genau

deshalb laden wir alle Jugendlichen, die diesen Kampf zu führen bereit sind, dazu ein, sich uns anzuschließen. Denn gewinnen können wir nur zusammen!

Wir stellen

dabei folgende Forderungen gegen Rassismus auf:

- Kein

Vergeben, kein Vergessen, für eine lückenlose Aufklärung der Terrorangriffe von

Rechten, für die Aufdeckung rassistischer und faschistischer Netzwerke durch

von der unterdrückten Klasse gewählten Strukturen. Dem Staat können wir dabei

nicht trauen

- Es gibt

kein Recht auf Nazipropaganda! Springer&Co enteignen, Nazis blockieren!

- Wir lassen

uns nicht Spalten! Volle Staatsbürger_Innenrechte für alle, wo sie gerade

leben! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

-Weg mit

allen rassistischen Asylgesetzen! Weg mit den „Sonderdeals“ zur Abwehr der „Flüchtlingsströme“! Für offene Grenzen und sichere Fluchtrouten!

-Festung

Europa zerschlagen! Weg mit Frontex und allen anderen Grenzschutzeinheiten! Für die Vereinigten sozialistischen Staaten Europas!

-Gegen

Geflüchtetenlager! Für dezentrale Unterbringung! Enteignung von leerstehendem Wohnraum und massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau für Geflüchtete!

-Kein

Vertrauen in den Staat! Für das Recht auf Selbstverteidigung gegen rechten und

polizeilichen Terror! Für die Organisierung von Selbstverteidigungsstrukturen der Unterdrückten gemeinsam mit den Organisationen der ArbeiterInnenklasse, Migrant_Innen und anderer unterdrückter Gruppen!

— Für den

Aufbau einer antikapitalistischen, antifaschistischen, internationalen, multiethnischen Arbeiter_Innenbewegung

Für die sozialistische Revolution!

Hoch die internationale Solidarität!